

Beschlussvorlage

Beschluss-Nr.: I/38-2024

Vorlage Nr.: BV/037/2024

<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung

Stadtrat Bad Schmiedeberg

Erarbeitet von: Winkler, Andreas Hans Dietmar
Bereich: Fraktion AfD

Datum: 17.09.2024

Beschluss-/Beratungsgremium

Sitzungstag

Beschluss-/Beratungsgremium	Sitzungstag
1. Stadtrat Bad Schmiedeberg	15.10.2024 Entscheidung

Betreff:

Antrag des Stadratsmitgliedes Herrn Winkler - Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf etwaige Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik

Beschlussantrag und Begründung:

Der Stadtrat der Stadt Bad Schmiedeberg beschließt:

1. Alle Stadratsmitglieder der Stadt Bad Schmiedeberg unterziehen sich einer freiwilligen Überprüfung hinsichtlich einer etwaigen Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nach §§ 20,21 jeweils Absatz 1, Ziffer 6 b Stasi-Unterlagen-Gesetz. Dies gilt nicht für Mitglieder des Stadtrates, die zum Zeitpunkt der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (13. Januar 1990) das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und für Mitglieder des Stadtrates welche bereits auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit in Ortschaftsräten oder im Stadtrat überprüft worden sind.

2. Mit der Durchführung der Überprüfung der Stadratsmitglieder auf etwaige Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wird der Stadtrat beauftragt.

3. Der Stadtrat soll zwei seiner Mitglieder ermächtigen, Auskünfte bei der Landesbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik einzuholen.

4. Der Stadtrat ernennt einen Ausschuss aus jeweils einem Mitglied jeder Fraktion. Diese bewertet in öffentlicher Sitzung die Unterlagen entsprechend §§ 20,21 StUG, jeweils Abs. 1, Ziffer 6 b dahingehend, ob einzelne Stadtratsmitglieder hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren und einigt sich über weitere Verfahrensweisen, welche möglichst innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Auskünfte durch die Landesbeauftragte, jedoch nicht später als bis zum Ende des Jahres 2024 mit Begründung dem Stadtrat in einer öffentlichen Sitzung vorzuschlagen ist.

Einreicher: gez. Andreas Winkler
Fraktion AfD

.....
-Unterschrift-

Beschlussergebnis

Beschluss-/Beratungsgremium	Mitgliederzahl	Sitzungstermin	TOP
Stadtrat Bad Schmiedeberg	21	15.10.2024	14

Es wurden alle nach Vorschrift geladen. Die Sitzung war öffentlich .
Aufgrund des Mitwirkungsverbotes (§ 33 KVG LSA) waren bei der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und hat/haben nicht mitgewirkt:

Anwesend	Einstimmig	Mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	Enthaltungen	Gemäß Antrag
15		x	3	9	3	x

Abweichende Beschlussfassung:

Für die Richtigkeit des Beschlussergebnisses:

16.10.2024

.....
-Unterschrift Protokollführer/in-

(Dienstsiegel)

.....
-Unterschrift Bürgermeisterin-